

Kiel, 11.10.2007

**Landtag
aktuell**

**Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn**

TOP 11 – Große Anfrage Schleswig-Holsteins Beitrag zum Klimaschutz und mögliche Auswirkungen der Klimaveränderung (Drucksache 16/1620)

Konrad Nabel:

Wir brauchen die Klimawende!

Der SPD geht es als Volkspartei nicht in erster Linie um die Interessen der Großkonzerne, sondern darum, auf diesem Planeten auch zukünftig ein halbwegs angenehmes Leben zu ermöglichen, so der umweltpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion in seiner Rede. Dazu brauchen wir die Klimawende, die auch eine Wende im Bewusstsein aller Bürgerinnen und Bürger bezogen auf das eigene Verhalten und die Erfüllung der eigenen Bedürfnisse sein muss. Wir brauchen, so Nabel, eine andere Landwirtschaft und andere Produktionsweisen, andere Ziele für die Dauerhaftigkeit von Produkten und ihre Wiederverwendbarkeit, und eine andere Energiepolitik. Nabel hebt hier Energieeinsparung, Erhöhung der Energieeffizienz und erneuerbare Energien hervor. Bürgerinnen und Bürger müssen beteiligt werden, um einen gesellschaftlichen Konsens zu erreichen. Nabel geht auf das klimapolitische Aktionsprogramm der SPD ein. Er fordert, die Umwelt-ökonomische Gesamtrechnung fortzuschreiben. Dabei müsse auch der Beitrag der Landwirtschaft zu den Treibhausgas-Emissionen, auf der anderen Seite Wert des Landeswaldes, der Beitrag von Knicks und Grünland als CO₂-Senker einbezogen werden.

Die Rede im Wortlaut:

Alle Parteien haben sich den Klimaschutz inzwischen auf die Fahnen geschrieben, und das ist auch gut so. Bei der CDU hat es allerdings besonders lange gedauert, bis auch sie sich auf den von der SPD in unserem Land eingeschlagenen und später von Rot-Grün weiter geführten Weg begeben hat. Erst die mahnenden Worte von Sir Nicolas Stern und schließlich auch die IPCC-Berichte haben erreicht, **dass jetzt wirklich alle politisch Verantwortlichen dabei sind.**

Natürlich wird - wie schon beim sogenannten „Grünbuch Energie“ des Wirtschaftsministers - auch bei der heutigen Debatte zur Antwort auf die Große Anfrage der CDU klar, dass es bei vielen **Gemeinsamkeiten in den Zielen** doch weiterhin einige Unterschiede gibt:

- bei der Einschätzung der gegenwärtigen Lage,
- bei der Beurteilung und Gewichtung der unterschiedlichen Ursachen für den Klimawandel - ich meine zum Beispiel die Einschätzung der Rolle der heutigen Form der Landbewirtschaftung und die daraus zu ziehenden Konsequenzen,
- bei der Wahl der Instrumente und der zukünftigen Energieerzeugungssysteme,
- bei der Rolle des Staates in diesem Prozess sowie
- bei der Beurteilung des Bewusstseins der Bevölkerung und der Bereitschaft, eigenes Verhalten zu ändern, wenn damit aktiver Klimaschutz betrieben werden kann.

Ich kann mir an dieser Stelle eine Bemerkung zum neuesten Vorschlag von Bundeswirtschaftsminister Michael Glos nicht verkneifen, der doch wirklich vorgeschlagen hat, die **Mülltrennung** teilweise wieder aufzugeben. Es mag ja sein, dass das Duale System nicht das beste aller Trennsysteme ist. Wir waren anfangs sehr skeptisch und hätten uns eine getrennte Sammlung der unterschiedlichen Abfallfraktionen in öffentlicher Verantwortung gewünscht, wie sie auch von Berndt Heydemann vorgeschlagen und für unser Land vorbereitet war. Nachdem das System aber seine Kinderkrankheiten überwunden hatte und auch einige Auswüchse beseitigt wurden, hat es funktioniert und ist ein Teil der vorbildlichen und inzwischen europaweit kopierten deutschen Ab-

falltrennung, die deshalb so erfolgreich war und ist, weil die Bürgerinnen und Bürger sie immer besser praktizieren, weil das Bewusstsein für Wertstoffe, für Weiterverwendung und Recycling vorhanden ist. Welch ein Rückschlag wäre dies für das Bemühen, die Bürger und Bürgerinnen auch auf dem Weg in die Klimawende mitzunehmen!

Wir Sozialdemokraten vertreten als Volkspartei die Interessen breiter Bevölkerungsschichten an dauerhafter, zukunftssicherer - und auch heute sicherer - Energieversorgung. Uns geht es nicht in erster Linie um die Interessen der Großkonzerne, der Energie-Oligopole und der dahinter stehenden Shareholder. Uns geht es darum, **auf diesem Planeten auch zukünftig ein halbwegs angenehmes Leben zu ermöglichen**, unseren Kindern und Enkeln und vielen weiteren Generationen.

Dazu **brauchen wir die Klimawende**, die auch eine Wende im Bewusstsein aller Bürgerinnen und Bürger bezogen auf das eigene Verhalten und die Erfüllung der eigenen Bedürfnisse sein muss. Natürlich brauchen wir eine andere Landwirtschaft und wir brauchen andere Produktionsweisen, andere Ziele für die Dauerhaftigkeit von Produkten und ihrer Wiederverwendbarkeit. Und wir brauchen - natürlich - eine andere Energiepolitik.

Wie seit Ende der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts stehen dabei die drei großen "E" im Mittelpunkt sozialdemokratischer Energiepolitik: Und das heißt zuerst: **Energiesparen**.

Sparen kann zunächst einmal teuer sein, und nicht jeder kann sich das leisten. Da werden wir helfen müssen! Das heißt an zweiter Stelle: **Erhöhung der Energieeffizienz**. Hier sind Investitionen in die Zukunft nötig, die manche Haushalte, aber auch Klein- und Mittelbetriebe nicht ohne weiteres leisten können. Auch hier muss der Staat zur Seite stehen, auch wenn vielen Verbraucherinnen und Verbrauchern und Betrieben inzwischen klar ist, dass Energiesparen und die Erhöhung der Energieeffizienz nicht nur die besten, sondern auch die preisgünstigsten Energiequellen sind.

Und das heißt schließlich: Wir setzen auf **erneuerbare Energie**. Wir brauchen Energie, die vernünftig, und das heißt ohne fossile Brennstoffe, erzeugt wird, Energie, die dezentral und daher kostengünstig erzeugt und verteilt wird. Und das heißt für uns selbstverständlich auch: Wir sind weiterhin für das **möglichst schnelle Abschalten aller Atomkraftwerke**. Und wir bleiben dabei: Brunsbüttel muss 2009 vom Netz!

Wir wollen unseren bereits 1988 hier im Land begonnenen Weg in die Energiewende zielorientiert und konsequent fortsetzen. Gleichzeitig müssen wir den **Prozess der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger wieder verstärken**, denn ohne eine Verständigung auf breiter Grundlage, auf einen gesellschaftlichen Konsens, werden alle politischen Bemühungen schwer umsetzbar bleiben.

Für die weitere Debatte ist die heutige vorliegende Antwort auf die Große Anfrage der CDU eine gute Zusammenfassung der vorliegenden Daten. Dafür möchte ich im Namen der SPD-Landtagsfraktion den MitarbeiterInnen der beteiligten Ministerien herzlich danken.

Dieses - wie der Minister sagte - umfassende Kompendium des Sachstandes bietet uns eine gute Grundlage für die weitere Diskussion in den Ausschüssen, auch wenn die Zahlen mit Stand von 2004 und 2005 teilweise nicht mehr ganz aktuell sind. In den über das Internet abfragbaren "Umweltdaten Deutschland Online" des Umweltbundesamtes sind mit Stand September 2007 inzwischen auch die Daten aus den aktuellen IPCC-Berichten nachzulesen.

Von besonderem Interesse ist es daher, den in der Antwort auf die Große Anfrage in Teilen begonnene Ansatz weiter zu verfolgen, bundesweite Daten auf SH umzurechnen. Nur so werden wir eine verlässliche Grundlage bekommen für die Diskussion

um ein Landes-Klimaschutzprogramm, wie es die Landesregierung in ihrer Bilanzpressekonferenz am Dienstag angekündigt hat.

Auf der Grundlage der Beschlüsse der SPD-Fraktion vom Sommer und des Beschlusses unseres Parteitags im September werden wir dabei unser **klimapolitisches Aktionsprogramm umsetzen**. Wir wollen auf allen politischen Ebenen agieren, die aus Schleswig-Holstein heraus erreichbar sind: In unseren Kommunen, im Land, aber auch über den Bundesrat in ganz Deutschland.

Ich will nur einige Punkte daraus nennen:

1. **Mindestens 20 % der Fördermittel aus dem Zukunftsprogramm Wirtschaft** sollen in Projekte und Maßnahmen zur Weiterentwicklung nachhaltiger und erneuerbarer Energien und Energieeinsparmöglichkeiten fließen und eng mit den anderen Förderprogrammen des Landes, des Bundes und der EU abgestimmt werden.
Dazu zählen nicht nur die **Entwicklung neuer Technologien** wie z.B. Energiespeicherung, durch Wasserstofftechnologie oder Druckluftspeicher, sondern insbesondere auch Maßnahmen zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen und der Förderung des Mittelstands im Bereich der Energieversorgung.
2. **Landtag, Landesregierung** und nachgeordnete Landesbehörden werden ihre **Energieeffizienz** mittelfristig um **jährlich mindestens 3 % steigern** und prinzipiell **nur noch Ökostrom** einkaufen.
3. Auf **kommunaler und regionaler Ebene** sollen entsprechende Maßnahmen zur Nutzung der dortigen Potenziale ebenfalls genutzt werden. Dies soll von Landesebene durch die Schaffung **rechtlicher Rahmenbedingungen, Förderungen** und weiterer Maßnahmen im Bereich der **Landesplanung, der Energie-, der Umwelt- und Landwirtschaftspolitik** initiiert und unterstützt werden.
Dazu gehört insbesondere die Auf- und Ausbau **dezentraler Energieumwandlungs- und versorgungssysteme** auf kommunaler und regionaler Ebene.
4. Spätestens **2020** können wir in Schleswig-Holstein **mehr Strom aus erneuerba-**

ren Energien produzieren **als wir** im Land **selbst verbrauchen**.

Dafür sind die planerischen **Rahmenbedingungen für Repowering** von Windenergieanlagen zu aktualisieren und die **Förderbedingungen für den Offshorebereich** im Rahmen des **Erneuerbare-Energien-Gesetzes** zu verbessern.

5. Wir wollen den mittelfristigen **Ausstieg aus der Kohleverbrennung** und wollen sie nur noch bei Kraft-Wärme-Kopplung zulassen.
6. Spätestens 2020 wollen wir in Schleswig-Holstein einen **Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung von 30%** des verbrauchten Stroms erreicht haben. Die dabei produzierte Wärme muss durch eine **Anschluss- und Benutzungsverpflichtung** genutzt werden.

Darüber hinaus wollen wir die Umwelt-ökonomische Gesamtrechnung fortschreiben. Und wir werden auch den **Beitrag der Landwirtschaft zu den Treibhausgas-Emissionen** näher betrachten müssen. Der Einsatz mineralischer Düngemittel und die Tierhaltung sind die bedeutendsten Emissionsquellen klimarelevanter Gase aus der Landwirtschaft. Dabei wird vor allem auch Methan mit 20-30-fach stärkerer Klimawirkung als CO₂ und Lachgas mit bis zu 310-facher Klimawirkung frei. Die Böden von Feuchtgrünland und Mooren, vor allem aber die Wälder sind die klassischen CO₂-Senken, die auch in der Antwort auf die Große Anfrage ausgewiesen werden.

Die Bezeichnung LULUCF (Land-Use, Land-Use-Change and Forestry) ist vielen nicht bekannt, wohl aber die **klimaschädlichen Auswirkungen der Veränderungen** bei Trockenlegung von Mooren, Verlust von Waldbeständen oder dem Umbruch von Grünland zu Acker. Die hier freigesetzten Spurengase sind erheblich. Ein intaktes wachsendes Moor bindet bis zu 200 kg Kohlenstoff pro Hektar und Jahr, ein entwässertes und intensiv genutztes Moor kann bis zu 6.700 kg Kohlenstoffdioxid freigeben - pro Jahr! Vergleichbares gilt für Feuchtgrünland, und es ist und bleibt ein Skandal, dass **auf Eiderstedt Tag für Tag Grünland umgebrochen wird**, obwohl dies nach europäischem Recht verboten ist. Eiderstedt ist bis zum Abschluss des Meldeverfah-

rens weiterhin faktisches Vogelschutzgebiet, in dem ein Verschlechterungsverbot gilt. Darüber hinaus verlieren die umgebrochenen Flächen ihren Prämienanspruch. Hier muss das Ministerium endlich einschreiten!

Auch bei der Beurteilung des **Wertes unseres Landeswalds** muss die volkswirtschaftlich wichtige Funktion als CO₂-Senke eingerechnet werden. Vielleicht kann dann auch der Finanzminister den Wert unseres Waldes endlich richtig einschätzen. Erinnern Sie sich: Sir Nicolas Stern hat klargestellt, dass aktives Handeln gegen den Klimawandel um den Faktor 20 günstiger ist, als ein "Weiter-So".

Auch unsere **Knicks** sind hier mit zu betrachten. Wir haben aus der Presse und über die Verbände über einen angeblich existierenden neuen Knickerlass gehört. Sollte es zutreffen, dass die Abholzung oder Beseitigung von Knicks oder von Teilen davon dadurch erleichtert werden, gibt es ein ernsthaftes Problem zwischen uns und dem Landwirtschaftsministerium. Bei der Debatte um die Novelle des Naturschutzgesetzes haben wir den fast gänzlich verschwundenen Knickschutz wieder hineinverhandelt und stehen auch weiterhin dazu.

Sie sehen, bei vielen Gemeinsamkeiten in den Zielen für den Klimaschutz gibt es auch weiterhin unterschiedliche Wege und Auffassungen.

Wir wollen die Antwort auf die Große Anfrage gern im Ausschuss weiter beraten und beantragen die Überweisung in den Umwelt- und Agrarausschuss.